



Rülke: Statt Ausweitung des sachfremden G8/G9-Kompromisses für faire Ausgangsbedingungen sorgen

Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, sagte zum Koalitionsstreit zwischen Grünen und SPD über weitere G9-Modellversuche:

„In ihrem Koalitionsstreit über das Gymnasium sollten Grüne und SPD sich davor hüten, ihren vollständig sachfremden Kompromiss von 44 G9-Modellversuchen nun auch noch auf 120 Modellversuche auszuweiten und damit die ohnehin schon aufgeworfenen Gerechtigkeitsfragen vor Ort noch zu verschärfen. Wenn die Koalitionspartner in der verfahrenen Situation wieder einigermaßen faire Ausgangsbedingungen schaffen wollen, sollten sie allen Gymnasien die Lehrerwochenstunden-Ausstattung des achtjährigen Gymnasiums zukommen lassen und den Schulen zugleich die Freiheit geben, diese Personalressourcen entsprechend der Nachfrage vor Ort auf acht oder neun Jahre zu verteilen. Die 44 mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden ausgestatteten Modellversuche sollten dann entsprechend auslaufen und nicht fortgeführt werden. Die FDP-Fraktion schlägt vor, die hierbei frei werdenden Lehrerwochenstunden für den weiteren Ausbau der beruflichen Gymnasien zu verwenden. Schließlich gibt es in Baden-Württemberg mit den beruflichen Gymnasien im Anschluss an die Mittlere Reife bereits eine gut etablierte und erfolgreiche neunjährige Alternative zum achtjährigen Gymnasium. Rund die Hälfte aller Hochschulzugangsberechtigungen in Baden-Württemberg werden an den beruflichen Schulen erworben.“